

Problematisch ist dabei auch die allgemeine israelische *Unwissenheit* in Sachen Christentum. Nur wenige Seiten in israelischen Geschichtsbüchern sind dem Religionsgründer Christus gewidmet, ebenso wenig übrigens dem Islam. Freundschaftliche Kontakte zwischen Juden, Christen und Moslems sind selbst in Jerusalem, wo alle auf verhältnismässig engem Raum zusammenleben, selten und beschränken sich fast ausschliesslich auf intellektuelle Kreise wie das Interfaith Committee oder den Rainbow Club. In Übernahme ottomanischen Rechts verwaltet jede Religion ihre eigenen Stätten und Angelegenheiten. Das gesamte Personenstandsrecht liegt ausschliesslich in den Händen der Religionsgemeinschaften. Ökumene auf offizieller Ebene ist so gut wie nicht existent.

Probleme zwischen den Religionsgemeinschaften werden fast immer von den *Fanatikern* in allen drei Lagern geschaffen. Während manche jugendliche Moslems besonders gern nach dem Freitagsgebet in der El-Aksa-Moschee steinewerfend durch die Altstadt ziehen und christliche Missionare auf die unbeschriebene Weise jüdische und oft auch moslemische Seelen zu fangen suchen, neigen radikale jüdische Gruppen dazu, christliche Institutionen in Brand zu setzen, Bomben zu legen, Fenster einzuschlagen und Missionsschriften zu verbrennen. Eine dieser Gruppen nennt sich »*Pe'ilim*« (Aktivisten). Sie stellen Listen von christlichen Organisationen auf, die den Verdacht erwecken, Mission zu betreiben, und geben offen zu, dass Gewalt sich manchmal nicht vermeiden lasse. Sie seien zwar nicht gegen Christen im allgemeinen, doch gelte ein Prinzip: »Sei Christ in deinem eigenen Haus, aber versuche nicht, deinen Glauben unter Andersgläubigen zu verbreiten!«

»Man stelle sich einmal vor, solch ein Gesetz, nur gegen jüdische Aktivitäten, würde im Ausland verabschiedet«, gibt der Schriftsteller Schalom Ben Chorin zu bedenken. »Wir würden es sofort als antisemitisch verurteilen. In einer Demokratie kann Religionsfreiheit nicht eingeschränkt werden. In allen demokratischen Ländern der Welt gibt es ständig Übertritte, ohne dass der Staat in den Vorgang eingreift. Solche Eingriffe würden vor allem von den Juden, die als Minderheit überall auf Toleranz angewiesen sind, sehr übel aufgenommen.« Israelische Liberale sind der Meinung, das neue Gesetz spiegle die verstärkte Machtposition der religiösen Politiker Israels, die der konservative Ministerpräsident Begin zur Erweiterung seines Kabinetts braucht. Die auf sozialistischer Basis beruhenden Regierungen Israels hatten die Verabschiedung zahlreicher Antimissionsgesetze blockiert. Damals wurde man mit missionarischen Störenfriedern auf einfachere Weise fertig: man verlängerte ihre Visa nicht und zwang sie, das Land zu verlassen.

Leserbrief von Hanna Kaldany, Bischof der röm.-kath. Kirche in Israel, an die »Jerusalem Post«¹

An die Redaktion der »Jerusalem Post«

Sehr geehrter Herr!

Der Gesetzentwurf gegen »die Mission«, dessen erste Lesung am 5. Dezember [1977] in der Knesset stattfand², betrifft in keiner Weise die Aktivitäten der katholischen Kirche in Israel. Obwohl ich nur in meiner Eigenschaft als Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche in diesem Lande sprechen kann, möge es mir erlaubt sein, eine Passage aus der Erklärung zu diesem Thema zu zitieren,

¹ Aus dem Englischen übertragen von Iris Malitz. In: »The Jerusalem Post. International Edition.« No. 894, Jerusalem, 20. 12. 1977.

² Vgl. auch: New law prohibits bribing converts. In: »The Jerusalem Post. International Edition.« No. 896, 3. 1. 1978.

die am 14. Juli 1963 veröffentlicht wurde und unterschrieben ist von den Oberhäuptern aller hier repräsentierten christlichen Kirchen:

»Wir nützen die ökonomische Situation des israelischen Bürgers, seine Armut, seine Arbeitslosigkeit, seine unzureichenden Wohnverhältnisse oder seinen Wunsch, zu emigrieren, nicht aus, um ihn zur Konversion zu bewegen: Weil Glauben in unseren Augen ein freies Geschenk Gottes und eine uneigennützigste Antwort von Seiten des Menschen ist. Noch schlagen wir, mit Blick auf eine Bekehrung, einen Vorteil aus einer negativen persönlichen Haltung, die einige Juden gegenüber Israel haben mögen, sei es, dass sie durch Gefühle der Bitterkeit oder durch das Verlangen, ihrem Judentum zu entkommen, deutlich ist; denn wir sind davon überzeugt, dass ein Jude, der Christ wird, immer noch ein Angehöriger seines Volkes bleibt, wie er es von Geburt an war.«

Seitdem hat sich dieser Standpunkt nicht geändert. Ich bin deshalb um so mehr von den Ausbrüchen bestimmter Mitglieder der Knesset während der Sitzung am 5. Dezember überrascht, von der Verdrehung der Tatsachen und der Übertreibung von Zahlen, die man bei dieser Gelegenheit gehört hat.

Auf der anderen Seite möchte ich den Mitgliedern der Knesset und den Journalisten meine tiefe Anerkennung aussprechen, die sich bereit zeigten, die Dinge im richtigen Licht zu sehen. Ich entsinne mich, dass bei einem früheren Versuch, dasselbe Gesetz durchzubringen, der verstorbene Levi Eshkol die Argumente der Befürworter durch die Vorlage von Fakten und Zahlen erfolgreich zurückwies.

Es gehört zum Wesen des Rechts, zuerst und vor allem, die Schwachen zu beschützen. Man fragt sich, ob das neue Gesetz in seiner vorgeschlagenen Form auch die Christen, die inmitten einer jüdischen Gesellschaft leben, vor den Nötigungen und Versuchungen schützen wird, die nicht wenige dazu gebracht haben, unter Zwang ihre Religionszugehörigkeit zu wechseln.

Bischof Hanna Kaldany
Oberhaupt der römisch-katholischen
Kirche in Israel
Nazareth

8 Ansprache von Bundeskanzler Helmut Schmidt in Auschwitz-Birkenau am 23. November 1977

Dem »Bulletin« des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung (22/125), Bonn, 8. 12. 1977, S. 1169 entnehmen wir den Wortlaut der folgenden Ansprache:

»Eigentlich gebietet dieser Ort zu schweigen. Aber ich bin sicher, dass der deutsche Bundeskanzler hier nicht schweigen darf.

Wir sind nach Auschwitz gekommen, um uns und andere daran zu erinnern, dass es ohne Erkenntnis der Vergangenheit keinen Weg in die Zukunft gibt, auch keinen Weg zu einem neuen und unbefangenen Verhältnis zwischen Deutschen und Polen. In Auschwitz und in Birkenau kann niemand der Erkenntnis ausweichen, dass Politik etwas anderes ist, dass Politik mehr ist als ein Spiel von Macht und Interessen, dass Politik der moralischen Grundlage und der sittlichen Orientierung bedarf.

An diesem Ort wird zwingend deutlich, dass Geschichte nicht nur als eine kausale Kette von Ereignissen und Handlungen verstanden werden kann, sondern dass Ver-

antwortung und Schuld dazu gehören, dass Verantwortung und Schuld auch geschichtliche Grössen sind.

Die Verbrechen des Nazifaschismus, die Schuld des Deutschen Reiches unter Hitlers Führung begründen unsere Verantwortung. Wir heutigen Deutschen sind als Personen nicht schuldig, aber wir haben die politische Erbschaft der Schuldigen zu tragen, hierin liegt unsere Verantwortung. Aus ihr erwächst der Auftrag, die Zukunft nicht dem Zufall zu überlassen, sondern sie mit Mut, mit Umsicht zu gestalten.

Es braucht sich kein junger Deutscher unfrei zu fühlen, wenn er einem polnischen Altersgenossen begegnet. Aber wissen muss er, was Deutsche im deutschen Namen damals begangen haben. Wissen muss er, was sein polnischer Altersgenosse von seinen Eltern und seinen Grosseltern über Auschwitz erfuhr, und was er über die deutsche Okkupation nach 1939 erfahren hat. Wissen muss er schliesslich, dass sich an ihn als einen jungen Deutschen besondere Erwartungen richten.

Es sind dies Erwartungen, denen auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenübersteht, Erwartungen, denen sie sich stellt und die sie zu erfüllen sucht, seit Konrad Adenauer mit unseren westlichen Nachbarn und seit Willy Brandt mit unseren östlichen Nachbarn bewusst die Verständigung zu suchen begann.

Wir wissen, dass wir nichts ungeschehen machen können, aber wir können Folgerungen für die Zukunft ziehen. Wir tun dies seit 32 Jahren, wir tun es im Blick auf alle Opfer des Nazifaschismus in allen Ländern Europas, auch in unserem eigenen Lande. Und ich denke, unsere polnischen Partner werden, gerade weil sie am meisten zu leiden hatten, am besten verstehen, wenn ich daran erinnere, dass die ersten Opfer Hitlers Deutsche waren und dass bis zum Ende Hitlers in immer zunehmender Zahl auch Deutsche die Opfer seiner Diktatur geworden sind.

Und die Polen werden verstehen, wenn ich daran erinnere, dass in unserem eigenen Lande Widerstand geleistet worden ist von Deutschen, die immer wieder, wenn auch in tragischer Vergeblichkeit, versucht haben, der mörderischen Tyrannei über Europa ein Ende zu machen.

Diese deutschen Kämpfer gegen Hitler, Frauen und Männer aus allen politischen Lagern, gehören auch zur deutschen Vergangenheit, und sie sind ihr achtungswürdigster Teil. Und sie sind für uns Deutsche Grund zu bescheidenem Stolz, vor allem aber zu der Verpflichtung, von der ich eben sprach, zu der Verpflichtung, für die Zukunft Folgerungen zu ziehen.

Auschwitz ist ein Mahnmal. Uns Deutschen steht es nicht zu zu sagen, es sei ein Mahnmal, das zur Versöhnung mahne. Das könnten nur die sagen, deren Mitbürger hier gelitten haben. Wir wissen aber eines, dass die Wege zur Versöhnung Auschwitz nicht ausklammern können, und wir wissen, dass die Wege zur Verständigung hier in Auschwitz nicht enden dürfen.«

9 »Auschwitz« im Lernprogramm

Ein Bericht aus den USA

Im Jahre 1977 wurde von den New Yorker Schulbehörden beschlossen, dass der in der NS-Zeit an den Juden verübte Völkermord an den öffentlichen Schulen im Rahmen der Pflichtstunden zu behandeln sei. New Yorks Beispiel wird bereits in anderen Landesteilen der USA zur Nachahmung in Erwägung gezogen.

Selbstverständlich rief dieser Beschluss bei jüdischen Organisationen und in christlich-jüdischen Gesellschaften, die

sich schon lange für dieses Lernprogramm eingesetzt hatten, ein lebhaftes Echo hervor. Man versucht nun mit grossem Elan, solide Grundlagen für die Vermittlung dieses neuen schulischen Teilfachs – in den USA wird der Genocid der Hitlerzeit »Holocaust«¹ genannt – bereitzustellen. Zum Zwecke der Vermittlung und Interpretierung des Holocaust-Materials für Schulen wurde z. B. unter Leitung von Prof. Franklin H. Littell an der Temple University, Philadelphia, ein »National Institute on the Holocaust« gegründet. Auf Landes- und Regionalebene wurden viele Konferenzen zur Klärung der Vorgangsweise und des Aufgabenbereichs angesetzt.

Im Zusammenhang mit der Erforschung des Holocaust-Geschehens erweisen sich kritisch gedeutete Biographien zunehmend als notwendig. In letzter Zeit sind hier zwei nützliche Veröffentlichungen dieser Art erschienen. Die eine ist Eva Fleischners Artikel »Select Annotated Bibliography on the Holocaust« (Horizons, 4, 61–83, Frühjahr 1977). Die Verfasserin hat aus der Erfahrung, die sie bei ihren eigenen theologischen Kursen für Studenten gesammelt hat, Bücher und Aufsätze zusammengestellt, mit denen sie anderen Lehrern Hinweise geben will. Eine weitere Bibliographie ist kürzlich in Form eines handlichen Heftes bei der Catholic Library Association (Haverford) erschienen. Sie stammt von Harry James Cargas und hat den Titel »The Holocaust, an Annotated Bibliography«. Auch Cargas beschränkt sich auf in den USA erschienene Bücher und Artikel, aber einige sind ursprünglich auf Deutsch erschienen oder später ins Deutsche übersetzt worden. Diese Bibliographie ist ebenfalls hauptsächlich für Lehrzwecke gedacht und nennt daher einige geschichtliche Werke, wie sie auch Material über Widerstandskämpfer, Zustände in Konzentrationslagern usw. aufführt. Theologisches und philosophisches Material soll aufzeigen, wie Christen als Christen in der Hitlerzeit versagt haben. Grossen Raum nimmt die Romanliteratur, teils für Erwachsene, teils auch für Jugendliche ein. Auch dies ist notwendigerweise eine sehr begrenzte, persönliche Auswahl des Autors, der Professor für Literatur am Webster College in St. Louis ist.

Helga Croner, New York

¹ Vgl.: Das »Holocaust«, in: FR XXVII/1975, S. 20 ff.

10 An Gott glauben nach Auschwitz?*

Bericht über eine Tagung der Paulus-Akademie, Zürich, und der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft, Ortsgruppe Zürich, in Zürich, 14.–16. Januar 1978

»Wie können Juden und Christen nach Auschwitz noch an Gott glauben? Ist es nach diesem Abschnitt der langen jüdischen Leidensgeschichte noch erlaubt, vom »Gott der Geschichte« zu reden? Inwiefern sollen die Christen angesichts der historischen – politischen und religiösen – Mitverantwortung der Kirchen für das jüdische Schicksal während des Zweiten Weltkrieges sich neu über die Glaubwürdigkeit der Kirchen besinnen?« Mit diesen Worten hatten die Paulus-Akademie Zürich und die Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft, Ortsgruppe Zürich, zu einer gemeinsamen Tagung mit dem Thema »An Gott glauben nach Auschwitz« eingeladen.

Durch das offene Gespräch hierüber, so wurde beigefügt, sollten Juden und Christen einander besser verstehen lernen und zum zuversichtlichen Glauben an Gottes verborgene Gegenwart in der Geschichte ermutigen. Unter den rund 70 jüdischen und christlichen Teilnehmern wa-

* Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion entnommen dem »Israelitischen Wochenblatt für die Schweiz« (78/4), 19. 1. 1978, S. 9–11.